

Beweisantrag

Zum Beweis der Tatsache das die Beamt_innen ... allesamt Unglaublich sind.

Wird die Erhebung folgenden Beweises beantragt:

Begründung:

Der_Die Sprachanalytiker_in wird belegen können das, die in den Ermittlungsakten erschienen Sachverhalte der Beamt_innen sich in ihrer Wortwahl derart ähneln das davon auszugehen ist das die Beamt_innen von einander abgeschrieben bzw. unter einander abgesprochen haben was sie wie in die Ermittlungsakten schreiben werden um die_den Beschuldigten zu belasten.

Das Polizist_innen Rechtsfehler begehen um Menschen die gewissen Sozialen Bewegungen zugeordnet werden und als Störend im Sinne der von oben definierten Ordnung eingestuft werden zu kriminalisieren und auszuforschen ist keine Seltenheit Deutscher Polizeiarbeit.

Bedenkt Mensch den Sozialen wie politischen Konflikt der dieser Verhandlung vorausgegangen ist, geht es hier um die Kriminalisierung einer Widerstandsbewegung die sich gegen (Massen)Tierhaltung einsetzt.

Am 30. Juli letzten Jahres brannte kurz vor der Inbetriebnahme eine Hähnchenmastanlage in Sprötze, bei Hamburg, ab. Diese Mastanlage sollte der erste Zulieferbetrieb für den momentan im Bau befindlichen Schlachthof in Wietze bei Celle werden. Der Familienbetrieb Rothkötter plant in Wietze den größten "Geflügel-" Schlachthof Europas zu bauen, in dem 27 000 Hähnchen pro Stunde geschlachtet werden sollen.

Nach dem Brandanschlag in Sprötze letztes Jahr ermittelte die Kripo Buchholz gegen Personen aus Tierbefreiungs- und Ökozusammenhängen, die alle im letzten Jahr auf diversen Besetzungen auffielen. Neben beschlagnahmten Schuhen und einer Hausdurchsuchung kam es auch zu Erkennungsdienstlichen Behandlungen.

Erfreulicherweise gelang es der Polizei nicht, die Brandstifter_innen zu finden und sie mussten alle Ermittlungsverfahren wegen des Mangels an Beweisen einstellen.

Die Vorladung zur Erkennungsdienstlichen Behandlung wurde mit der Begründung, dass das öffentliche Interesse gegenüber dem privaten Interesse überwiegt, versandt.

Aus der Vorladung zu einer Erkennungsdienstlichen Behandlung, Polizeiinspektion Harburg Buchholz in der Nordheide 01.12.2010:

„Es besteht die Notwendigkeit der Durchsetzung der polizeilichen Maßnahme im Sofortvollzug. Das besondere öffentliche Interesse am Sofortvollzug der Anordnung überwiegt ihr privates Interesse am Aufschub dieser Maßnahme“

Aus der Vorladung zur Erkennungsdienstlichen Behandlung Polizeiinspektion Harburg Buchholz in der Nordheide 01.12.2010

„Es liegt im öffentlichen Interesse, Straftaten gegen das Eigentum schnell Aufzuklären“

Aus der Begründung in der Verwaltungsrechtsache Linde/ Polizeidirektion Lüneburg der Polizeidirektion Lüneburg, Antrag den Antrag und Klage abzuweisen. Vom 28.01.2011

Hier ist wohl kaum das Interesse der 500 000 so genannten Hähnchen, die, in dem von der Firma Rothkötter geplanten Megaschlachthof, täglich geschlachtet werden sollen, gemeint. Dieser Schlachthof soll Europas größter „Geflügel“ Schlachthof werden und braucht für seine volle Auslastung 420 Mastanlagen, in Umkreis von 100 km.

In jeder dieser Mastanlagen soll Platz für 40 000 Hähnchen sein. Sie sollen von der Firma Rothkötter mit Küken beliefert werden und nach einigen Wochen zum Schlachthof nach Wietze bei Celle transportiert werden. Wo ihnen schließlich auf den Fließband der Kopf abgetrennt wird. Um anschließend alles an ihnen zu verwerten was zu verwerten ist.

Als öffentliches Interesse ist hier wohl viel eher das Interesse von Konzernen wie Rothkötter gemeint, die bei ihren Interesse nach Profit das Interesse von Menschlichen sowie Nichtmenschlichen Tieren nach körperlicher Unversehrtheit, Bewegungsfreiheit, Entscheidungsfreiheit, einen Lebensraum ect. Gemeint. Da der Profit den dieser Konzern innerhalb der Grenzen der BRD erzeugt und sich somit verpflichtet den Staat einen Teil des Profits in Form von Steuern zu überlassen. Sind die Interessen von Rothkötter vereinfacht ausgedrückt auch die Interessen der BRD und somit liegt es der Exekutive die einen Eid darauf geschworen haben sich für die Interessen der BRD einzusetzen, viel daran Menschen an Stelle von Bewegungen zu kriminalisieren um sie davon abzuhalten sich weiterhin gegen solche Lebensverachtenden Projekte wie der Schlachthof in Wietze einzusetzen.

Relevanz für das Verfahren:

...

Ich beantrage hierzu einen Gerichtsbeschluss